

Extrakt



Die Pandemie und die Knäste
1. Mai, Spaß dabei?
Aktion in Göttingen vor der JVA
Kleiner Beitrag der GG/BO Soligruppe

Vorwort

Hallo Leute! Ihr haltet gerade das erste „Extrablatt“ in den Händen. Extrablatt, weil dies keine reguläre Zeitung und auch sonst kein Standard ist. Die Idee kam, als mit der Begründung „Corona“ die Knäste dicht gemacht wurden. Plötzlich keine Besuche mehr...

Ganz abgesehen davon, was das für euch bedeutet, konnten wir auf einmal keine Kundgebungen, Demos und auch keine Besuche mehr machen. Kontakt ist nur über echt laaaangsame Briefe, Anrufe und in manchen Knästen per Skype möglich. Das reicht uns nicht! Um unserem eigenen Kommunikationsbedürfnis mit euch zumindest ein wenig nachkommen zu können, schicken wir euch jetzt dieses Extrablatt. Zugegeben, etwas spät, aber besser spät als gar nicht...

*Hierin schneiden wir ein paar Themen an, die euch vielleicht auch interessieren und wünschen uns sehr, Leser*innen-Briefe von euch zu kriegen, die wir dann hoffentlich im nächste Extrablatt in Auszügen verarbeiten werden. Die kompletten Briefe können natürlich wie immer im regulären „Gefangenen-Gewerkschaft Rundbrief“ nachgelesen werden.*

Wir verstehen uns als Unterstützung für die Gefangenen Gewerkschaft und die GG-Soligruppen. Wir sind ein loser Haufen und würden uns vor allem freuen, wenn es sozusagen einen Austausch zwischen drinnen und draußen gibt und wir gemeinsam über Themen sprechen können, die uns wichtig sind!

Inhalt

Die Pandemie und die Knäste

1. Mai, Spaß dabei?

Aktion in Göttingen vor der JVA

Kleiner Beitrag der GG/BO Soligruppe

Impressum

Gefangenen-Gewerkschaft Soli-Soligruppe

c/o Zosamme e.V.

Elsaßstr. 34

50677 Köln



Pandemie und Gefängnis in verschiedenen Ländern...

In Zeiten, in denen «normale» Bürger zum ersten Mal in ihrem Leben erfahren, was es bedeutet, eingesperrt zu sein (durch obligatorische Quarantäne), möchten wir euch ein paar Neuigkeiten über die Folgen der Pandemie in den Gefängnissen schicken, oder besser gesagt, vom Einfluss der Machthaber*innen mit der Entschuldigung des Coronavirus für die Menschen, die hinter Gittern sitzen, die bereits vor der Pandemie eingesperrt waren.

Wie immer sind sie die doppelt Verdrängten. Sie werden nicht eingesperrt, um sich nicht zu infizieren, ganz im Gegenteil, sie werden gezwungen, sich in einem permanenten Infektionsherd einzusperren. Es ist ihnen wegen der Ansteckungsgefahr verboten, ihre Angehörigen zu sehen (obwohl die Familien anbieten, Besuche mit Handschuhen und Maske zu machen), aber sie sind verpflichtet, täglich Kontakt mit den Gefängniswärtern zu halten, die jeden Tag ohne Schutzmaßnahmen kommen und gehen. Gefangene, zum Beispiel in Spanien, erhalten ein Laken mit Hygienemaßnahmen, aber keine Seife, Masken oder Handschuhe.

Die einzige Alternative, um den Kontakt mit der Außenwelt aufrechtzuerhalten, sind Briefe (die oft mit der Entschuldigung abgehört werden, dass sie desinfiziert werden müssen) und Telefonanrufe. Das ist auch nicht real, weil es im Gefängnis nicht genügend Telefone gibt, die von allen Gefangenen angerufen werden können. Darüber hinaus werden alle Personen, bei denen der Verdacht besteht, dass sie krank sind, 14 Tage lang in Isolation

eingesperrt und verlieren das Recht, sich zu melden. Damit werden nicht nur die Rechte der Gefangenen verletzt, sondern auch die Rechte der Familienangehörigen sowie das Recht auf Verteidigung, da Anwälte in der Regel keinen Besuch empfangen dürfen.

Aber all diese Veränderungen und diese Kontrolle betrifft nicht nur Gefangene, sondern auch «freie» Menschen. In Spanien wurde am 4. April ein Gesetz verabschiedet, das die Geolokalisierung aller spanischen Mobiltelefone vorsieht, mit dem Argument der Kontrolle der Quarantäne und der Warnung, wenn man mit einer infizierten Person in Kontakt gekommen ist. Wie wir wissen, bleiben diese Maßnahmen, sobald sie umgesetzt sind, bestehen, sie werden nicht aufgehoben, sobald die Pandemie vorüber ist.

Es sieht so aus, als könnten die Regierungen jetzt tun, was immer sie wollen, ohne auf Widerstand zu stoßen. Es ist ein Traum für Tyrannen überall.

Wir teilen Ihnen jetzt in chronologischer Reihenfolge einige Informationen mit, die uns aus und über die Gefängnisse erreicht haben.

MÄRZ

5. : erste Gefängnisschließung in NRW wegen Coronavirus

6. : Portugal. Besuche werden in allen Gefängnissen im Norden des Landes abgesagt

8. : Spanien. Erster Fall von Coronavirus innerhalb des Gefängnisses, ein Gefangener des Müttermoduls in Aranjuez (in Spanien können Kinder bis zu 3 Jahre bei ihren Müttern bleiben)

9. : In Porto, *Portugal*, kam es zu einem Aufstand mit mehreren Gefangenen, die von Wachen am Kopf verletzt wurden, nachdem der Gefängnisdirektor sich weigerte, die Gefangenen in den Gemeinschaftsräumen zu versorgen und Besuche bei Familienmitgliedern und Anwälten verhinderte, obwohl sie anboten, die Besuche mit Schutzmaßnahmen durchzuführen.

In *Italien*, Unruhen in 27 Gefängnissen:

Gefängnis von Modena, 6 Tote durch Unruhen aufgrund von Beschränkungen für Coronavirus-Besuche. Die italienische Regierung fordert auch, die Freiheitsgenehmigungen einzuschränken. Durch den Aufstand wurde das Gebäude beschädigt.

Auch in Pavia (Norditalien) kam es zu Ausschreitungen, nachdem Verwandte vor den Toren protestierten, weil sie ihre Angehörigen nicht sehen konnten. Gefangene aus dem Zentrum Torre del Gallo nahmen zwei Polizisten als Geiseln und ließen mehrere Gefangene frei. Die Proteste fanden auch in Gefängnissen in Neapel statt (etwa 1000 Gefangene, die randalierten).

In Salerno, Padua, San Vitore (Mailand) gab es schwere Proteste. In Frosinone (südlich von Rom) schlossen sich etwa 100 Gefangene in einem Teil des Gefängnisses ein, erstellten eine Liste mit Forderungen, darunter das Recht auf Besuche,

und versuchten, mit der Verwaltung zu verhandeln. Schließlich kam es zu einer Massenflucht. Foggia (Apulien, 370 Gefangene entkamen, nachdem sie eine der Türen des Geheges aufgebrochen hatten, 70 von ihnen wurden verhaftet). Ebenso Aufstände in Bari, Alessandria und Vercelli.

10.: In Spanien sind 12 Gefängnisse mit mehr als 8000 Gefangenen isoliert

12.: Die anderen 69 Gefängnisse und CIS (Zentren für soziale Integration) in Spanien sind isoliert. Das betrifft 50.800 Gefangene. Es sind keine Besuche erlaubt, nur Besuche in einem Glasraum. Gruppen, die drinnen arbeiten, dürfen nicht eintreten. Es wird auch keine Transfers geben. Die Isolation wird voraussichtlich 14 Tage dauern (faktisch hält die Isolation bis heute an, da Spanien jeweils um 14 Tage verlängert). Sie können theoretisch mehr Anrufe tätigen. Die Gefängniswärter*innen bitten darum, das der offene Vollzug geschlossen wird und keine Pakete für Gefangene angenommen werden. Es wird angeordnet, dass jede*r Gefangene, der*die krank ist, 14 Tage lang allein in einer Zelle isoliert wird und nicht einmal telefonieren darf.

15.: Alle Besuche werden abgesagt, auch die durch Glas.

17.: Mehrere Organisationen in Spanien fordern die Freilassung von kranken Häftlingen und Gefangenen von über 70 Jahren, weil sie ein doppeltes Risiko darstellen, mehr noch, weil es wegen Überfüllung nicht genügend Gesundheitspersonal gibt.

Im Gefängnis von Picassent rufen sie: Mörder, ihr werdet uns hier drin umbringen. Der Kommentar der Gefängniswärter*innen ist, dass sie nervös sind, weil sie durch die Isolation keine Drogen von draußen mehr bekommen. Sechs Gefangene landeten in Einzelhaft

20.: Die erste Gefangene stirbt im Gefängnis von Estremera (Madrid) am Coronavirus. Sie war 78 Jahre alt.

Der von der "Organisation Gefangene im Kampf" (Presxs en lucha) ausgerichtete siebenmonatige rotierende Hungerstreik, der am 1. September begann, wird vorübergehend eingestellt. Er fordert unter anderem eine verbesserte Gesundheitsversorgung und die Freilassung von Menschen mit schweren Krankheiten.

Bei zwei Unruhen in den argentinischen Gefängnissen Las Flores (700 Randalierer) und Coronda (300 Randalierer) gab es 5 Tote, von denen zwei verkohlt wurden, während sie eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen forderten, was sie für das Virus besonders anfällig macht

21.: Kolumbien. In der Nacht kam es landesweit zu mehreren Ausschreitungen, bei denen 23 Tote und 85 Verletzte zu beklagen waren. Seit mehreren Wochen sind mehrere Gefängnisse aufgrund von Gesundheitsproblemen völlig isoliert, die zu diesem Zeitpunkt mit der Ankunft des Virus in Kolumbien zugenommen haben. Dies hat die Gefangenen sehr beunruhigt, gerade wegen der Überbevölkerung in den Gefängnissen, in der sie leben, denn wenn einer von ihnen infiziert ist, wären die anderen in ernster Ansteckungsgefahr. Aus diesem Grund wurde in den Gefängnissen

des Landes zu Protesten aufgerufen, die in Revolten endeten.

APRIL

1.: Das spanische Gefängnisssystem kauft 205 (!) Telefone, damit die Gefangenen (50.800) maximal 10 Minuten lang telefonieren können. Personen mit Symptomen können nicht anrufen. Dies ist nicht einmal annähernd ausreichend, damit alle Gefangenen telefonieren können.

10.: Ausschreitungen im Gefängnis von Irkutsk (Russland).

24.: Gefangene und 186 Wärter*innen in Spanien infiziert.

14.: Die Spannungen im Gefängnis von Quatre Camins (Spanien) nehmen wegen der Zunahme positiver Fälle von Coronavirus zu.

15.: 200 Gefangene im Gefängnis Picassent (Spanien) wegen Telefonausfall in Isolationshaft.

16.: Proteste im Korydallos-Gefängnis (Griechenland), das von der Bereitschaftspolizei unterdrückt werden.

21.: Marion-Gefängnis (USA) Insgesamt 1828 Gefangene, etwa 75% der Insassen des Gefängnisses, wurden positiv auf COVID-19 getestet.

25.: Proteste im Gefängnis von Devoto (Argentinien), die 9 Stunden dauerten, mit Schildern, auf denen stand: «Wir wollen nicht im Gefängnis sterben», nachdem die Infektion eines Häftlings entdeckt wurde

Dies sind nur einige Schnipsel dessen, was in den Gefängnissen vor sich geht. Wir sind sicher, dass noch viel mehr passiert ist, aber leider, und auch wegen der Abwesenheit von Besuchen, wegen der Probleme mit der

Post der Gefangenen, können nicht alle Informationen durch die Mauern gelangen.

Heute bitten wir mehr denn je um Gesundheit und Freiheit für alle!

1. Mai-Spaß dabei ...

An sich hatten wir ja vor, am 1. Mai mal eine Kundgebung vor der JVA Willich II zu machen. Durch die Corona-Maßnahmen draußen werden wir das aber leider wohl nicht machen können.

Warum am 1. Mai vor einen Knast ziehen? Ganz einfach, weil der DGB und andere das Thema Arbeit nicht gepachtet haben. Wieso wird nicht von den Arbeitsverhältnissen in den Knästen gesprochen? Na, weil es ja offiziell ja gar keine Arbeitsverhältnisse sind. Und wer offiziell gar nicht arbeitet, hat natürlich auch keine Arbeitsrechte wie Mindestlohn oder Rentenanspruch.

Schon zynisch, bei 35-40 Stunden-Wochen Arbeit der Gefangenen zu sagen, das ist gar keine Arbeit. Was denn sonst? Nun, die offizielle Variante ist, dass dies ausschließlich der „Resozialisierung“ dienen würde. Also „Resozialisierung“ bei 1-3 € die Std. bei einer 40 Std.-Woche. Klingt eher nach Ausbeutung.

Darüber hinaus wird argumentiert, die Gefangenen würden den Staat mehr Geld kosten, als sie einbringen. Nun, die Gefangenen haben nicht um diese Form der



Straf- und Klassenjustiz gebeten. Gesellschaft ließe sich auch anders organisieren und es ließen sich auch andere Formen gesellschaftlicher Konflikt-Bewältigung und Intervention finden, so denn nur mal angefangen würde, darüber zu diskutieren.

Genau das soll aber nicht passieren. Die Gefangenen-Gewerkschaft zum Beispiel wird um's verrecken nicht als Gewerkschaft anerkannt...

In manchen (nicht allzu vielen...) Knästen wurde sich dennoch das Recht erstritten, zusammen mit der Unterstützer*innen-Struktur von außen gemeinsame

Versammlungen als Gefangenen-Gewerkschaft im Knast abzuhalten.

Überall in Deutschland ist es mehr oder weniger anerkannt, dass sich Menschen organisieren dürfen, um die eigenen Interessen verteidigen und entwickeln zu können. Lediglich Gefangene (und schon gar nicht in den Abschiebe-Knästen) dürfen das nicht.

Deswegen wollten wir am 1. Mai vor den Knast. Um euch von draußen zu zeigen, dass es vielen nicht egal ist, wie Gefangene behandelt werden, dass es überhaupt Gefangene gibt...

Leider können wir noch nicht mal virtuell mit euch Kontakt aufnehmen, wie es gerade im Rest der Gesellschaft passiert. Video- und Telefonkonferenzen sind gerade an der Tagesordnung.

Also haben wir uns entschieden, zumindest dieses kleine Extrablatt zu euch zu schicken.

Schreibt uns, was ihr zum Thema „Arbeit im Knast“ denkt, wie eure Erfahrungen sind und wie ihr (und wir gemeinsam) euch vorstellen könntet, Schwung in das Thema zu bringen. Wie sieht es aus mit Versammlungen im Knast? Wo wurden die eventuell schon eingefordert, wo nicht? Mit welchem Ergebnis?

Dies wird nicht das letzte Extrablatt, sondern das erste sein! Wir freuen uns auf eure Briefe!

Und jetzt noch ein Artikel vom letzten Jahr aus der Süddeutschen Zeitung. Selbst manche Medien sagen mehr oder weniger offen, dass das Ausbeutung ist, ohne den Begriff zu verwenden...

Arbeit im Gefängnis - Stundenlohn: ein bis drei Euro

Gefängnisse in Deutschland funktionieren heute wie kleine Unternehmen: Häftlinge arbeiten in Vollzeit, ihr Stundenlohn beträgt aber nur ein bis drei Euro.

Der Verein «Gefangenengewerkschaft bundesweite Organisation» (GGBO) kämpft für eine faire Bezahlung von Häftlingen. Es geht ihnen um Wertschätzung, aber auch um eine verbesserte Resozialisierung.

Die Justizministerien der Bundesländer wehren sich gegen die Forderung, unter an-

derem mit der Begründung, dass Häftlinge dem Staat hohe Kosten verursachen.

Von Helena Ott

«Absitzen», dieses Verb gehört in der Alltagssprache zu Haftstrafen wie der Wachturm zur Gefängnismauer. In Wirklichkeit bedeutet eine Woche im Gefängnis - nicht anders als «draußen» - 35 bis 40 Stunden Arbeit. Die Häftlinge arbeiten nicht nur für die Gefängniskantine oder Wäscherei, sondern übernehmen auch

Produktionsschritte für Hunderte gewerbliche Unternehmen. Darunter Großkonzerne wie Miele, Gardena, Ikea, Rossmann oder VW. Sie stecken Kabelbäume für Autos zusammen, montieren Staubsauger, stellen Stifte her oder verpacken abgezählte Schrauben. Während «draußen» mindestens 9,19 Euro, der aktuelle Mindestlohn, gezahlt wird, liegt der Stundenlohn hinter Gittern bei bundesweit ein bis drei Euro.

Viel zu wenig, sagt Häftling Manuel Matzke, gelernter Veranstaltungstechniker. «Ehrliche Arbeit sollte ehrlich bezahlt werden - auch im Gefängnis.» 2014 hatte ein sächsisches Gericht den 32-Jährigen zu einer Haftstrafe von sieben Jahren und elf Monaten verurteilt. Wegen Wirtschaftsbetrug, Raub und Körperverletzung kam er ins Gefängnis in Zeithain, in der Nähe von Dresden. Auf einem seiner Gehaltszettel von 2017 steht ein Monatslohn von 266,47 Euro netto, obwohl er jede Woche 38 Stunden gearbeitet hat. Zuerst in einer Lehrwerkstatt für Automechaniker und dann in der Essensausgabe der Justizvollzugsanstalt.

Häftlinge fordern Mindestlohn und Rentenansprüche

Vor sechs Monaten wurde er in den offenen Vollzug verlegt und ist seitdem auch Freigänger. Er darf jetzt draußen arbeiten, muss aber nach der Arbeit zurück in die JVA und dort übernachten. Seit vier Jahren engagiert er sich in einem Verein für Gefangene, der sich «Gefangenengewerkschaft bundesweite Organisation» (GGBO) nennt.

Inhaftierte dürfen keine Gewerkschaft bilden, die GGBO agiert deshalb offiziell als «nicht rechtskräftiger Verein». Eine vierstellige Zahl von Häftlingen habe sich bisher angeschlossen, genauere Angaben will der Verein nicht machen. Ihre obersten Ziele sind Mindestlohn und Rentenansprüche für die Zeit im Gefängnis, sowie das Recht, eine echte Gewerkschaft zu gründen. Manuel Matzke ist mittlerweile bundesweiter Sprecher der Vereinigung.

Viele der deutschen Gefängnisse bieten nicht nur Dienstleistungen für andere Unternehmen an, sondern verkaufen auch selbstgefertigte Produkte der Inhaftierten. Dazu betreiben sie eigene Onlineshops, die klingende Namen wie «Gitterladen», «Haftsache» oder «Knastladen» haben. Dort kann man beispielsweise handmontierte Feuerschalen, Räuchermännchen im Längsstreifenlook, Vogelhäuser oder hölzerne Pflanzenkübel bestellen. Gefängnisse sind mittelständische Wirtschaftsbetriebe mit Montagehallen.

In Deutschland sind alle Inhaftierten zur Arbeit verpflichtet, außer jenen, die in Untersuchungshaft sitzen, im Rentenalter oder arbeitsunfähig sind. Für die unterschiedlichen Tätigkeiten hinter Gittern erhalten Häftlinge eine sogenannte Eckvergütung, sie entspricht neun Prozent des Durchschnittslohns aller Deutschen, die in die Rentenversicherung einzahlen. «Neun Prozent, das ist keine Wertschätzung, das ist viel zu wenig», sagt der Kriminologe Bernd Maelicke. 15 Jahre lang steuerte er als Ministerialdirigent den Strafvollzug in Schleswig-Holstein, kürzlich erschien sein Buch «Das Knast-Dilemma» in aktualisierter Auflage, in dem er grundlegende Defizite im deutschen Vollzug kritisiert.

Darunter auch den niedrigen Verdienst der Häftlinge. Die Haft sei eine Freiheitsstrafe und dürfe keine zusätzlich finanzielle Bestrafung sein, sagt Maelicke.

Im Gefängnis ist vieles teurer

«Mit diesem mickrigen Einkommen wird dir im Gefängnis eher vermittelt: Ehrliche Arbeit zahlt sich nicht aus», sagt Gefangensprecher Manuel Matzke. Die 100 bis 300 Euro im Monat müssen auch reichen, um damit Zahnpasta, Duschgel, Zeitschriften oder Telefonate zu bezahlen. Letztere sind in den meisten Haftanstalten deutlich teurer als «draußen». Ein Anruf von 30 Minuten auf ein Mobiltelefon kostete auch in Matzkes JVA in Zeithain bis 2016 noch 21 Euro. Aber Matzke hat dagegen geklagt und vor Gericht Recht bekommen, nun kann man für zehn Cent pro Minute auf Handys anrufen. Andere Haftanstalten sind jedoch bei ihren hohen Telefonkosten geblieben.

Zudem seien Aufgaben in den Werkstätten der Gefängnisse oft eintönig, und Aufseher «gängelten» die Häftlinge bei der Arbeit manchmal und behandelten sie «von oben herab», sagt Matzke. Trotzdem seien die Wochenenden «das Schlimmste, da ist vegetieren angesagt, das ist sehr trostlos und die zwei Tage ziehen sich unheimlich». Matzke habe sich mit seinen Straftaten auseinandergesetzt, sagt er. «Mittlerweile kann ich mich wieder im Spiegel angucken.»



«Ehrliche Arbeit zahlt sich nicht aus»: Gefangensprecher Manuel Matzke.

Doch unter den JVA-Bediensteten gebe es zwei Gruppen: Die Freundlichen, die normal mit einem reden würden und sagen: «Hey, komm zu mir, wenn du Probleme hast.» Und die anderen, die einen herabsetzen und spüren lassen würden, dass man «Abschaum» sei.

Seit er Freigänger ist, macht Matzke ein Praktikum beim Ortsverband der Linken in Riesa, neun Kilometer von der JVA entfernt. Obwohl er seit dem Schulabschluss gearbeitet hat, macht er sich Sorgen, einmal nicht von seiner Rente leben zu können. Während der Haft zahlen Gefangene nicht in die Rentenkasse ein und bekommen dementsprechend später auch weniger Geld. Gerade für Häftlinge mit langen Strafen sei die Altersarmut damit vorgezeichnet, sagt Matzke. Resozialisierung sieht für ihn anders aus.

Viele Gefangene verlassen hoch verschuldet die Gefängnistore

Die Gefahr, dass Ex-Häftlinge später noch einmal im Gefängnis landen, ist groß. 60 bis 70 Prozent werden wieder straffällig.

Viele Gefangene verlassen hoch verschuldet die Gefängnistore. Während der Haft stauen sich Unterhaltszahlungen

an, Gerichts- und Anwaltskosten werden erhoben, zum Teil muss ein Täter-Opfer-Ausgleich bezahlt werden. Häftlinge, die schon während der Haft fair honoriert würden, erlebten die Arbeit und den zugehörigen Verdienst als etwas Positives und müssten nach der Haft nicht um ihre Existenzgrundlage bangen, sagt Matzke.

Doch Forderungen nach höherem Lohn schmettern die Justizministerien der Bundesländer ab; ebenso wie Bildung ist der Vollzug Ländersache. Gefangene seien keine Arbeitnehmer, sagt eine Sprecherin des bayerischen Justizministeriums. Beim Mindestlohn gehe es darum, dass Menschen mit dem verdienten Geld ihren Lebensunterhalt bezahlen könnten. Arbeit im Justizvollzug hingegen hätte primär die Resozialisierung als Ziel.

Es geht um Wertschätzung und eine gewisse finanzielle Unabhängigkeit

Doch der niedrige Lohn widerspricht dem Bestreben, Menschen nach ihrer Haft wieder in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt einzugliedern, so sieht das auch der Kriminologe Bernd Maelicke. Wertschätzung, eine gewisse finanzielle Unabhängigkeit und soziale Beziehungen seien entscheidende Faktoren der Resozialisierung, sagt er. Es sei ein wichtiger Schritt für Gefangene, nach und nach Schulden tilgen zu können und selbst in der Lage zu sein, Unterhalt zu zahlen. Die Gefangenen bekämen so das Gefühl, ihr Leben mit ei-

genem Bemühen und Verdienst wieder in geregelte Bahnen lenken zu können.

Justizministerien dagegen stellen sich gegen eine Lohnerhöhung. Und das seit fast 50 Jahren. So alt ist die Forderung nach einer fairen Bezahlung von Gefangenen und Rentenzahlungen schon. Die Justizbehörden der Länder argumentieren unter anderem mit den Kosten, die ein Gefangener pro Tag verursacht. In Bayern sind es 113,43 Euro, in Berlin 150,48 Euro. Das bayerische Justizministerium weist schriftlich darauf hin, dass im vergangenen Jahr 39,9 Millionen Euro Arbeitseinnahmen durch die Häftlinge Gesamtausgaben für den Justizvollzug von 436,4 Millionen Euro gegenüberstanden, Bau und Instandhaltung der Anstalten mit eingerechnet.

Die Mehrheit der Bevölkerung ist für mehr Härte gegen Straftäter

Bernd Maelicke ist überzeugt, dass sich viel Geld sparen ließe, wenn man mehr Gefangene für den offenen Vollzug auswähle und mehr Strafen zur Bewährung aussetzen würde; und sich so gleichzeitig sogar die Rückfallquote senken ließe.

Doch obwohl die Kriminalitätsrate jährlich weiter sinkt, spricht sich eine Mehrheit der Bevölkerung für mehr Härte gegen Straftäter aus.

© SZ vom 17.04.2019/eca

Besuch bei Gefangenen in Zeiten von Corona-Besuchsverboten

Pressemitteilung 11.04.20

Besuch bei den Gefangenen in der JVA Rosdorf in Zeiten des Corona-Besuchsverbots – Polizei missachtet Infektionsschutz

Heute haben wir von der Knast-Soligruppe den Gefangenen der JVA Rosdorf trotz Besuchsverbot einen Besuch abgestattet, indem wir mit Lautsprecheranlage vor die Mauern des Knastes gezogen sind. Gemeinsam mit den Gefangenen fordern wir unter anderem die sofortige Ermöglichung von Besuchen auch während der Corona-Pandemie. Die JVA Rosdorf muss sich dafür einsetzen die wenigen noch bestehenden Freiheiten und Möglichkeit zur sozialen Teilhabe der Gefangenen auch jetzt weiter zu ermöglichen. Als wir zum Ende des Besuches gerade die Wiese verlassen wollten, griff die Polizei ein. Unter Missachtung der derzeit gebotenen Infektionsschutzmaßnahmen stellte die Polizei unsere Personalien fest und riss einzelne Menschen zu Boden.

Die ohnehin schon starke Isolation von Gefangenen wird mit den derzeit geltenden Maßnahmen noch verstärkt. „Wir sind heute vor die JVA Rosdorf gezogen, um die unnötige Isolation wenigstens kurz zu durchbrechen. Wir zeigen den Gefangenen, dass sie auch in Zeiten eines globalen Ausnahmezustandes keineswegs vergessen sind, und ermutigen sie, weiter für ihre Rechte einzustehen.“ so Michaela Kensy.

Allerorts beschwerten sich Menschen zuerst über den nun geltenden Freiheitsentzug und die Kontaktbeschränkungen. Expert*innen berichten über psychische Belastungen, die im Zusammenhang mit Isolation entstehen. Für Gefangene jedoch ist dieser Zustand seit Jahren und Jahrzehnten bitterer Alltag. Nun wird ihnen auch noch das letzte bisschen Freiheit geraubt.

Es müssen jetzt unkonventionelle Lösungen für Gefangenenbesuche mit ausreichenden Schutz eingeführt werden. Die Gefangenen selbst haben dafür bereits vielfältige Vorschläge entwickelt. Unter anderem könnten im Hof unter freiem Himmel Besuchsplätze errichtet werden. Die Nichtumsetzung dieser konkreten Vorschläge der Gefangenen sehen wir als reine Gängelung und Schikane.

In der JVA Rosdorf sind neben dem Besuchsverbot auch vollzugsöffnende Maßnahmen, wie etwa kurze Ausgänge, die der Resozialisierung dienen sollen, ausgesetzt. Die Telefonkosten sind in Gefängnissen nach wie vor enorm. Und auch, wenn das Benutzen von Videotelefondiensten, wie etwa Skype, theoretisch möglich sein soll, in der Realität findet dies jedoch nicht statt. Zum einen reichen die Plätze nicht, zum anderen wird ihnen das trotz Beschwerde verwehrt. Die Gefangenen fordern: Unbegrenzt und kostenfreies Skypen und Telefonieren für alle!

In vielen Knästen weltweit kam und kommt es zu Aufständen, weil Staaten und Justiz die gesundheitliche Unversehrtheit

der Gefangenen missachten oder diese dafür genutzt haben die noch letzten Freiheiten der Gefangenen weiter einzuschränken. Hygienische Maßnahmen werden oft nicht umgesetzt und die Gefangenen häufig sich selbst überlassen. So kam es im Zuge von Besuchsverboten in Kolumbien und Italien zu Aufständen, bei welchen auch Gefangene ums Leben kamen.

In diesen Zeiten zeigt der Staat mal wieder, welche Interessen er schützt und wessen Interessen nur Dreck für ihn sind. Der Notwendige Schutz vor dem SARS-CoV-2 Virus muss für alle Menschen ermöglicht werden. Sei es in den Lagern an den europäischen Außengrenzen oder hierzulande in den Gefängnissen und Massenunterkünften. Dabei darf der Schutz vor dem Virus nicht dazu führen, dass die soziale Isolation der Gefangenen weiter zuge-spitzt wird. Stattdessen fordern wir gemeinsam mit den Gefangenen: Amnestien und sofortige Entlassungen!

Freiheit für alle Gefangenen! Für eine solidarische Welt ohne Knäste! Knast-Soligruppe Göttingen

P.S.: Und natürlich haben wir uns während unseres Besuches an einen verantwortungsvollen Umgang mit der aktuellen Situation gehalten. Die Polizei selbst hat die aktuellen Schutzgebote missachtet. Sie haben sich ohne Atemschutzmasken grundlos auf einzelne geworfen, sind uns dabei deutlich zu nahe gekommen und haben damit unsere Gesundheit gefährdet. Ein Polizist rechtfertigte sich mit den Worten: „Ich spucke nie beim Reden!“

Grußworte: Knast-Besuch wegen Corona-Besuchsverbot

Grußworte an die Gefangenen der JVA Rosdorf:

Liebe Menschen in der JVA Rosdorf, wir sind von der Knast-Soligruppe Göttingen und sind für einen kurzen Besuch bei euch. Aus euren Briefen und aus der Presse haben wir erfahren, dass Willkürhandlungen und Isolation durch das Justizministerium und durch eure Knastleitung in Zeiten der Corona-Pandemie noch weiter zunehmen.

Klar versuchen gerade alle, die Verbreitung des Virus zu verlangsamen, so dass alle Menschen, die erkranken und eine Behandlung benötigen, diese auch bekommen können. Auch versuchen gerade alle, den Virus möglichst lange oder am besten ganz von sich selbst fern und aus den Institutionen rauszuhalten. Das ist uns allen wichtig und dazu leisten wir alle unsere Beiträge.

Doch ihr weist völlig zurecht auf Ungeheimheiten und Missstände hin.

Am krasssten ist ja wohl, euch eure Besuche gänzlich zu verbieten und vollzugsöffnende Maßnahmen grundsätzlich auszusetzen, die der Teilhabe an Gesellschaft dienen sollen. Denn ein solches Vorgehen bedeutet reine Repression. Ihr wisst genauso gut wie wir, dass Besuche eurer Familien, Freundinnen und Freunde möglich wären – wenn es die Knastleitung nur wollte. Eure Ideen dazu, wie auch jetzt Besuche stattfinden könnten und gleichzeitig eine Übertragung des

Corona-Virus verhindert werden könnte, sind vollkommen einleuchtend. So einleuchtend, dass es regelrecht unverschämt ist, dass diese Ideen bisher nicht umgesetzt werden. Einer eurer Vorschläge ist, neben entsprechenden Schutzvorkehrungen wie Handschuhe, Mund-Nasen-Maske und Einsatz von Desinfektionsmitteln den Besuchsraum so auszustatten, dass für verschiedene Gruppen genug Abstand wäre, auch genug Abstand zwischen dem Besuch und euch. Auf diese Weise könnten vielleicht weniger Besuche parallel als bisher stattfinden – was aber viel mehr wäre als gar keine! Eine andere Idee von euch ist, die Besuche im Freien stattfinden zu lassen. Jemand meinte, es sei ausreichend Material und Werkzeug vorhanden, um z.B. Bänke zu bauen, die mit entsprechendem Abstand im Freien aufgebaut werden könnten. Oder ihr könntet auch anderweitig „spucksichere Besuchsplätze“ bauen, mit Einsatz von Plexiglasscheiben. Oder oder oder... Nur die Besuche ganz zu verbieten und seitens der Leitung nicht an kreativen Lösungen zu arbeiten, ist reine Schikane und Gängelung. Gemeinsam mit euch fordern wir:

Besuche sofort wieder möglich machen – wie auch immer!

Für die Sicherungsverwahrung heißt es, dass den Menschen, die normalerweise auch draußen einkaufen können, dies aktuell untersagt ist – obwohl Geschäfte her draußen ja offen sind. Genau wie bei den vollzugsöffnenden Maßnahmen ist es letztlich eine Frage der eingesetzten Ressourcen. Entweder es ist genug Personal da, um Ausgänge zu begleiten. Oder aus reiner Schikane eben werden solche Ausgänge abgesagt. Was soll das denn? Wenn

zum Umgang mit der Corona-Pandemie Maßnahmen erforderlich sind, die die Verbreitung ausbremsen, dann heißt das doch nicht, dass Gefangene noch mehr als ohnehin in Isolation gebracht werden. Gemeinsam mit euch fordern wir:

Außenkontakte und vollzugsöffnende Maßnahmen wieder durchführen!

Dass hier mit zweierlei Maß gemessen wird, ist offensichtlich. Denn ihr berichtet, die Betriebe im Knast der JVA Rosdorf lassen weiter produzieren. Jeden morgen gehen Menschengruppen bis zu 20 Personen durch die engen Flure zu den Arbeitsstätten, wobei auch nicht auf Abstandsregeln geachtet wird. Dann werden Einmachgläser und Phasenprüfer produziert – für was? Wo doch gerade Atemmasken benötigt werden, wie ihr zu recht schreibt. Es gibt einige Gefangene, die sich an der Produktion von gesellschaftlich benötigter Schutzkleidung beteiligen würden. Allerdings nicht im Rahmen der üblichen Zwangsarbeit zur Profitsteigerung eines Unternehmens, sondern freiwillig, weil es sinnvolle Tätigkeit wäre. Doch warum wird solche Produktion nicht organisiert und für Freiwillige angeboten?

Was ist mit den Schließern, die auch ein Sozialleben haben und den Virus mit in den Knast bringen können? Die ohne Schutzmaßnahmen z.B. Zellen durchsuchen, dabei Lebensmittel auskippen. Auch bei der morgendlichen Ausgabe von Methadon, die jetzt auf den Stationen stattfindet: Im Knast trägt niemand Atemmaske und Handschuhe. Aber Angehörige dürfen nicht kommen...

Und was ist mit dem Skypen? Die Knastleitung kündigt an, es gäbe nun verstärkt diese Möglichkeit. Doch zum einen reichen die Plätze nicht und wenn Gefangene beantragen, skypen zu können, wird ihnen das trotz Beschwerde verwehrt. Ein Skandal. Einer hat uns aufmerksam gemacht, dass Telio in den letztem Jahren ja genug Gewinn an den Gefangenen gemacht hat, in dieser Situation könnte telefonieren ja nun kostenfrei sein. Gemeinsam mit euch fordern wir:

Unbegrenzt und kostenfreies Skypen und Telefonieren für alle!

Einer von euch schreibt, ihr dürft nicht mehr zum Sichteinkauf, jetzt gibt es nur noch Bestellscheine. Hier draußen, das wisst ihr, haben die Supermärkte offen, es wird auf Abstand beim Einkauf geachtet und nur wenige Menschen gleichzeitig dürfen ins Geschäft. Ihr meint, dass wäre bei euch drinnen doch auch so möglich. Zumal bei euch bei der Tütenausgabe der bestellten Waren am Ende doch wieder zwei Menschen von dem Laden, zwei Gefangene und noch Bedienstete in einem Raum sind. Einige von euch vermuten, die Knastleitung nutzt die Corona-Situation, um endlich den sogenannten „Tüteneinkauf“ durchzusetzen und den Sichteinkauf zu unterbinden. Gemeinsam mit euch fordern wir:

Laden auf, Sichteinkauf durch Abstandsregeln sofort wieder möglich machen!

In einigen Bundesländern gibt es Haftunterbrechungen, die Menschen können für eine Zeit zu ihren Angehörigen und FreundInnen, nach dieser Pause geht die

Haft dann weiter. Gemeinsam mit euch fordern wir stattdessen:

Amnestien und sofortige Entlassungen, wo dies möglich ist! Und zwar jetzt!

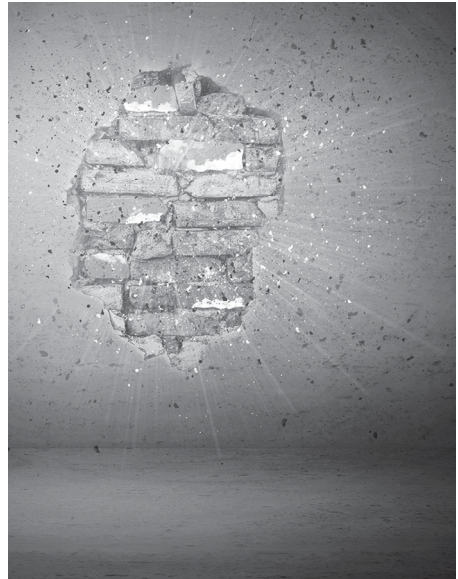
In Italien, Brasilien und Kolumbien haben sich Gefangene entschlossen vor allem gegen die auch dort verhängten Besuchsverbote gewehrt. Es gab Knastaufstände, bei denen Gefangene ums Leben kamen. In Köln soll eine Frau in Hungerstreik getreten sein, als ihr wegen Corona Lockerungen gestrichen wurden.

Hier draußen gibt es derzeit viele Berichte darüber, welche schweren psychischen Belastungen durch Isolation entstehen können, wenn Menschen sich z.B. selbst in Corona-Quarantäne begeben. Viel Aufwand wird hier draußen betrieben, um die Folgen der Kontakteinschränkungen zu vermeiden. Menschen werden in den Medien interviewt, wie belastend es sich anfühlt, wenn sie nun seit zwei Wochen viel mehr als sonst in ihrer Wohnung sind. Experten berichten, der Mensch sei sozial und brauche die Gemeinschaft.

Gleichzeitig ist das Aufkommen von emotionalen Beschwerden durch Isolation auch im Strafvollzug und der Sicherungsverwahrung bekannt. So wird z.B. in Gerichtsverfahren ganz offen darüber verhandelt, welche mit einem Knastaufenthalt durch die Isolation ja nun bekanntermaßen einhergehenden psychischen Belastungen und Erkrankungen gerade noch vertretbar seien. Das passt doch alles nicht zusammen. Auch an solchen Beispielen und in Zeiten von Corona ist es unübersehbar: Gefängnisse sind nicht Teil der Lösung der gesellschaftlicher Pro-

bleme, sondern sie sind Teil des Problems. Daher abschließend und unmissverständlich:

Für die Freilassung aller Gefangenen! Für eine solidarische Gesellschaft ohne Knäste!



Hallo ZUSAMMEN !

Froh bin ich und dankbar, dass es dieses Extrablatt gibt !

GG-Soli hatte auch schon mal einen Anhang „EXTRABLATT“ genannt. Das konnten die vom „losen Haufen“, die sich jetzt an die Arbeit gemacht haben, nicht wissen. Was sie aber wussten, das war, dass die GG-Soli-Gruppe nicht zu Potte kommt mit dem längst fälligen GG-NRW-Rundbrief. Sie haben mich mehrmals gefragt, wie sie denn dabei helfen können. Und wir standen so mit leeren Händen da, dass mir dazu nichts einfiel. Das, was schief gelaufen ist, mussten wohl wir selbst aufarbeiten. Texte von Gefangenen gab es kaum abzutippen.

„Dann machen wir ein Extrablatt als Unterstützung, damit wenigstens etwas rein kommt“, kam dann vom losen Haufen.

Ja, das war zu Beginn der massiven Einschränkungen überall. Als es besonders drängte. Aber nicht nur das. Solidarische Bereitschaft gab es aber schon vorher. Gut, dass es solche Ansprechpartner/innen gibt!

Nun ist das „Extrablatt“ fertig. Die GG-Post-NRW, Rundbrief 8 ist beinahe fertig. Der Wettlauf mit dem „Extrablatt“ hat zu Beschleunigung beigetragen. Ob wir beides zusammen versenden können, oder das „Extrablatt“ doch voraus eilt, wissen wir noch nicht, während ich dies schreibe. Ihr werdet es wissen, wenn Ihr das hier lest. Und ich mache mich direkt dran, die letzten Lücken bei RB 8 zu schließen.

Solidarische Grüße,

Elke, GG-Soli-NRW, Ortgruppe Köln

Machen ist
wie Wollen.
Nur krasser.

